

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstand.

Geschäftsstelle: Berlin O., Müdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Müdersdorferstraße 60.

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluß der Redaktion: Montag abends 8 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Pfg. (ohne
Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband
1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 41.

Berlin, den 13. Oktober 1907.

8. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Die christlichen Gewerkschaften und die politischen
Strömungen der Gegenwart. — Die neue Situation. —
Ausblick: Keine Einigung. Geistes-Waffen der saarabischen
Krieger. Was geht vor? Der achte deutsche Mietertag. Wo
ist der „ehrlöse Stromer“? — Wirtschaftliche Bewegung. —
Berechnung. — Verbandsnachrichten: Sterkrade. Dortmund.
Verhausen. Königsberg. Freudenberg. Kassel. Rabenaburg.
Hersfeld. Blumberg-Wierau. Geilnau. — Soziale Wahlen. —
Soziales. — Gerichtliches. — Bauunfälle. — Briefkasten.
Bekanntmachungen. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Die christlichen Gewerkschaften und die politischen Strömungen der Gegenwart.

Die christlich-soziale Partei hat in den letzten Jahren
eine erfreuliche Entwicklung genommen. Die Zahl ihrer
Anhänger ist beträchtlich gewachsen, auch haben sich ihre
Vertreter im Reichstage vermehrt. Damit haben sie sich
der nicht zufriedene, sie sahen ein, daß der mit Macht
wachsende Organisationstrieb der Arbeiter befriedigt
werden mußte, und erkannten früh genug, daß die christ-
lichen Gewerkschaften die einzigen Organisationen sind, in
denen unter Hochhaltung der christlichen Ideale und der
überländischen Gesinnung eine vernünftige gewerkschaft-
liche Arbeit geleistet würde. Herr Dr. Mümm, unsere
Vorgänger, haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Arbeit
der christlichen Gewerkschaften geworden, weil sie
von der Realität unserer Gewerkschaftsgrundsätze über-
zeugt haben, und weil sie erkannt haben, daß die evan-
gelischen Arbeiter genau wie die katholischen als Mit-
glieder der sozialdemokratischen Gewerkschaften mit töd-
licher Sicherheit ihren religiösen und politischen Grund-
sätzen entfremdet werden.

Aus dieser Mitarbeit der Christlich-Sozialen in den
christlichen Gewerkschaften erhebt man nun den Vorwurf,
daß neben den Anhängern der Zentrumspartei nur die
christlich-soziale Partei in genannten Organisationen in
Betracht komme. Das ist genau das gleiche Vorurteil
gegenüber der Zentrumspartei. Wir fragen: Was
sind die Anhänger der liberalen und konservativen Partei
genau so zu handeln, wie Anhänger der Zentrums-
partei und der Christlich-Sozialen? Die Tür steht ihnen
genau so weit auf wie allen anderen; Bedingung ist nur
die ehrliche Anerkennung und Einhaltung unserer be-
stehenden Gewerkschaftsgrundsätze. Daran lassen wir aller-
dings nicht rütteln.

Die Aufwerfung dieser Frage hat ein Vorgang an
der Saar veranlaßt. Bei der letzten Reichstagswahl sind
die evangelischen Arbeiter im Wahlkreis Saarbrücken, die
in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung stehen, für
den nationalliberalen Kandidaten v. Schubert gegen den
Zentrumskandidaten eingetreten. Der Vorgang ging uns
ganz genau an, wenn nicht bei der ganzen Bewegung
an der Saar die dortigen Leiter der christlichen Gewerk-
schaften aller Parteien bei ihrer politischen Agitation
ihren gewerkschaftlichen Charakter zu sehr in den Vorder-
grund gestellt hätten; eine taktische Ungeschicklichkeit, die
in geeigneter Stelle in entsprechender Weise gerügt wor-
den ist. Der liberale Kandidat, der gewählt wurde, hatte
für die Koalitionsfreiheit ausgesprochen, und die
führenden Parteiführer haben es nicht an Versicherungen
mangeln lassen, daß die liberale Partei für jedes Koalitions-
recht in Theorie und Praxis eintreten werde. Inzwischen
haben einige der einflussreichsten Großindustriellen im
Wahlkreis Saarbrücken, vor allem die Böllinger- und Bur-
scher-Hütte, damit begonnen, so ganz allmählich die Ver-
treter der christlichen Gewerkschaften zu maß-
regeln und gleichzeitige die „gelben“ Gewerkschaften zu
protegierten. Die liberal gestimmten Mitglieder der christ-
lichen Gewerkschaften beschließen nunmehr, sich an die libe-
rale Partei zu wenden mit der Forderung:

Der diesjährige Delegiertentag der nationalliberalen Partei
möge beschließen:

1. Grundsätzliche Stellung gegen die „gelben“ Gewerkschaften
zu nehmen;
 2. den Ausschluß derjenigen Herren aus der nationalliberalen
Partei anzubahnen, welche den christlich organisierten Ar-
beitern ihr Koalitionsrecht vorenthalten und die „gelben“
Gewerkschaften protegierten, da ein solches Verhalten weder
„nationalen“ noch „liberalen“ Grundsätzen entspricht.
- Ist schon die Formulierung dieser Forderungen eine
Ungeschicklichkeit, so ist die Art, wie die Mitteilungen und
die Öffentlichkeit unterbreitet wurde, noch ungeschicklicher.
In dem Schriftstück, welches Gewerkschaftssekretär Schneider
dem Gewerkschaftsverein christlicher Bergleute an die Presse per-
sönlich überreichte, heißt es einleitend:
- Eine Aktion der nationalliberalen Arbeiterwähler des
Saargebietes gegen die gewaltsame Unterdrückung der Koali-

tionsfreiheit durch nationalliberale Großindustrielle ist von den
evangelischen Zahlstellenvorstandsmitgliedern der christ-
lichen Gewerkschaften, den Snappschäftsältesten, Aus-
schußmännern des Saargebietes und führenden Mitgliedern
des deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes, soweit sich
letztere politisch zur nationalen Partei bekennen, unter Führung
des Gewerkschaftssekretärs Schneider vom Gewerk-
schaftsverein christlicher Bergarbeiter eingeleitet wor-
den. Bekanntlich sind bei der letzten Reichstagswahl die
evangelischen Sekretäre sowohl, wie auch die übrigen
evangelischen Funktionäre der christlichen Ge-
werkschaften in einer Reihe von nationalliberalen Wähler-
versammlungen in den beiden Wahlkreisen für die national-
liberalen Kandidaten Erz. v. Schubert und Justizrat Holz ein-
getreten, nachdem nicht nur die beiden Kandidaten, sondern
auch andere führende Parteimitglieder aus großindustriellen
Kreisen der vollen Koalitionsfreiheit der Arbeiter das Wort
geredet hatten. Während nun im Wahlkreis Otmowitz-
St. Wendel von den in Betracht kommenden nationalliberalen
Kandidaten die abgegebenen Versprechungen gegenüber den Ar-
beiterwählern gehalten wurden, sind die Zustände im Wahl-
kreis Saarbrücken schlimmer als vor der Reichstagswahl.

Es folgt dann die Schilderung der Zustände, und am
Schlusse heißt es wieder:

„Mit den eben geschilderten Vorkommnissen wird sich auch
eine demnächst in St. Johann stattfindende Konferenz der
evangelischen Vorstandsmitglieder christ-
licher Gewerkschaftszahlstellen beschäftigen.
Die Konferenz wird aus etwa 100 Deuten des Saargebietes be-
steht werden. In dieser Konferenz haben außer den Delegierten nur
noch die Vertreter der Presse Zutritt. Ebenso will die national-
liberale Arbeiterwählerschaft des Saargebietes noch vor dem
Parteitag mit einer großen Massenversammlung an die
Öffentlichkeit treten, in der die oben geschilderten Vorgänge be-
handelt werden.“

Wenn die nationalliberalen Wähler Schutz vor der
Vergewaltigung des Koalitionsrechtes seitens einfluss-
reicher Parteimitglieder bei ihren Parteinstanzen suchen,
so ist das ihre höchst eigensame Sache. Was aber hat damit
ihre Eigenschaft als „evangelische Zahlstellen-Vor-
standsmitglieder der christlichen Gewerkschaften“, „evan-
gelische Sekretäre“, „evangelische Funktionäre der
christlichen Gewerkschaften“ usw. zu tun? Die Sache ist
so ungeschickt und unklug angefaßt, wie nur möglich. Aber
wir sind sicher, daß die Kollegen an der Saar keinen Augen-
blick daran gedacht haben, die christlichen Gewerkschaften
als Vorpann zu einer Aktion gegen die nationalliberale
Partei zu benutzen. In der Sache rechtfertigt sich ihr
Vorgehen durchaus, aber die Form war verfehlt.

Andrerseits wollen wir unseren Kollegen an der Saar
mitbernde Umstände im vollsten Maße zubilligen. Die
Eigentümlichkeiten „Saarabens“ sind hinlänglich be-
kannt. Wer auf einen so exponierten Posten gestellt ist
und nicht den Rat erfahrener älterer Kollegen in nächster
Nähe hat, wird in dem Bestreben, die christlichen Gewerk-
schaften durch die Welt von Schwierigkeiten hindurchzu-
bringen, nicht alle Maßnahmen hinsichtlich ihrer Wirkung
auf die Öffentlichkeit so genau abwägen können. Er-
fahrung ist auch hier die beste Lehrmeisterin.

An diesen Vorgang hat sich in der politischen Tages-
presse eine lebhafteste Erörterung geknüpft. In der libe-
ralen Presse vermutet man dahinter „ein ultramontanes
Taschenpielerkunststück“. Das Schriftstück habe nicht einen
evangelischen, sondern einen ultramontanen Gewerkschafts-
sekretär zum Verfasser. Der Zweck der Aktion sei die
Eroberung des Wahlkreises Saarbrücken für die Zentrums-
partei usw. Diese politischen Kombinationen gehen uns
nur insofern etwas an, als den christlichen Gewerk-
schaften an der Saar indirekt unterstellt ist, daß sie
im Dienste einer politischen Partei gegen eine andere kon-
spirieren, eine Unterstellung, die wir entschieden zurück-
weisen. Die liberale Presse hatte Ursache, anstatt das be-
kannte ultramontane Schredgespenst aufzumarschieren zu
lassen, ihren Parteigenossen von der Großindustrie mit
allem Ernst ins Gewissen zu reden, daß die Maßregelung
von Arbeitern wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Ge-
werkschaft nicht vereinbar ist mit wirklich liberaler, wirk-
lich nationaler Gesinnung.

Die taktischen Ungeschicklichkeiten, die hier von unseren
Leuten an der Saar bedauerlicherweise gemacht sind, können
aber die prinzipielle und tatsächliche politische Neutralität
unserer christlichen Gewerkschaften nicht beeinflussen und
uns nicht veranlassen, eine Revision unserer Grundsätze
eintreten zu lassen. Im Gegenteil, die Vorgänge an der
Saar bestätigen die Richtigkeit unserer bisherigen Stellung.
Unsere altbewährten Grundsätze, die in unserm Mainzer
Programm festgelegt sind, müssen strikte hochgehalten
werden.

Aber mit dieser theoretischen Hochhaltung unserer
Grundsätze ist es nicht genug, ihr muß sich die Taktik
anpassen. Bei allen milderen Umständen, die wir
unseren, unter so schwierigen Verhältnissen arbeitenden
Kollegen an der Saar zubilligen, legen wir ihnen in
freundschaftlich-kollegialer Weise nahe, bei politischen An-
lässen etwas mehr Zurückhaltung zu üben. Es soll keinem
die politische Freiheit und Meinungsäußerung unterbunden
werden, wer aber im Dienste unserer christlichen Gewerk-
schaften steht, hat Rücksicht auf unsere Bewegung zu nehmen.
Vor allem muß mit der Unsitte aufgeräumt werden, die

nicht nur an der Saar, sondern auch in anderen Teilen
Deutschlands eingerissen ist, bei der politischen Tätigkeit
den Charakter als katholischer oder evangelischer Gewerk-
schaftsfunktionär in den Vordergrund zu stellen. Die
jüngeren Kollegen sollten hier wirklich den Rat ihrer er-
fahrenen, älteren Kollegen mehr beherzigen. Die auf-
fallende Betonung des „evangelischen“ oder „katholischen“,
des „liberalen“, „christlich-sozialen“ oder „Zentrums“-
Charakters der Mitglieder, Zahlstellenvorstände oder der
Beamteten unserer christlichen Gewerkschaften trägt den Keim
der Zersetzung und Spaltung in sich und könnte, wie Dr.
Mümm im „Re.“ mit Recht bemerkt, „bei der vom
Parteitagen untrennbaren Lebhaftigkeit zu Bitterkeiten und
Spaltungen führen.“

Die richtige Taktik und den Maßstab wird aber jeder
leicht finden, wenn er sich die Aufgabe der christlichen
Gewerkschaften stets vor Augen hält. Die erste und
wichtigste Aufgabe derselben ist und bleibt: die Regelung
und Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die
wirklich freirechtliche Gestaltung des Arbeitsvertrages. Dazu
ist die Einigkeit und Geschlossenheit der christlichen Ge-
werkschaftsbewegung und Gewinnung möglichst zahlreicher
Mitglieder notwendig. Die christlichen Gewerkschaften sollen
nicht nur den Angehörigen aller bürgerlichen Parteien offen
stehen, sondern dieselben müssen sich auch bei uns heim-
lich und wohl fühlen. Die Auskämpfung religiöser und
politischer Gegensätze liegt außerhalb des Bereiches der
christlichen Gewerkschaften. Wir werden niemals dulden,
daß direkt oder indirekt die gewerkschaftliche Organisation
zum Vorteil und zur Förderung einer politischen Richtung
benutzt wird. Der politischen Geschäftsmacherei ist und
bleibt die Tür der christlichen Gewerkschaften verschlossen.
Die Interkonfessionalität und parteipolitische Neutralität
sind in unserer christlichen Gewerkschaften einleuchtend
ohne Hintergedanken geübt.

Zum Schluß müssen wir noch eine Frage ansprechen.
Die christlichen Gewerkschaften haben sich gegenüber der
sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung erfolgreich be-
hauptet. Dieser Umstand hat uns die Beachtung auch solcher
Kreise eingetragen, die sonst lächelnd über das Häuflein
„christlicher Mader“ zur Tagesordnung übergingen. Die
Gewerkschaftsfrage drängt eben überall auf ihre Lösung,
und man möchte es schon mit uns versuchen. Aber das
Wort „christlich“! Warum „christlich“, warum nicht einfach
„national“? Um allen Zweifeln hier ein Ende zu machen,
sei ein- und für allemal festgestellt: Hier gibt es
keine Konzession. An dem Grundcharakter unserer
Bewegung, der darin gipfelt, unsere Aufgabe im Einklang
mit unserer christlichen Weltanschauung zu lösen, darf nicht
gerüttelt werden.

Wenn wir uns „christlich“ nennen, so müssen wir uns
kein besonderes Maß von Zucht an, wollen uns deshalb
nicht als sogenannte „bessere Menschen“ empfehlen, son-
dern die christliche Weltanschauung gibt uns Rückhalt und
Richtung. Wer sich daran stößt, dem können wir nicht
helfen. Lieber halten wir unsere Bewegung klein und
rein, als daß wir sie der Gefahr aussetzen, der Lummel-
platz theologischer Streithähne zu werden. Die späteren
Generationen werden uns für diese Rückgratfestigkeit dank-
bar sein.

Zum Schlusse möchten wir unsere Ausführungen dahin
zusammenfassen:

1. Die in unserem Gewerkschaftsprogramm festge-
legten Prinzipien bieten den Arbeitern aller bürgerlichen
Parteien Raum und Luft für die weitgehendste gewerk-
schaftliche Betätigung.
2. Den christlichen Gewerkschaften gehören Anhänger
aller bürgerlichen Parteien an. Dieselben haben bis jetzt
keinen Grund zu Beschwerden wegen Verletzung der
politischen Neutralität gefunden, und es soll ihnen kein
Grund zu solchen Klagen gegeben werden.
3. Bei der Anstellung von Gewerkschaftsbeamten ent-
scheidet bezüglich der Qualifikation lediglich die gewerk-
schaftliche Erfahrung, Tüchtigkeit, sowie persönliche
Ehrenhaftigkeit, nicht politische oder konfessionelle An-
schauung.

Die neue Situation.

Der sozialdemokratische Parteitag ist vorüber und
die gesamte Kritik der nicht sozialdemokratischen Presse stimmt
darauf überein, daß er äußerst ruhig verlaufen ist, aber auch
gleichgültig an Gedanken, an Initiative verriet, wie kaum irgend
ein Parteitag zuvor.

Während man nach der Generalidee des verflorenen Mann-
heimer Parteitages von Essen aus bei den für 1908 in Aussicht
stehenden Reichstagswahlen einen gewaltigen Vorstoß gegen die
bürgerlichen Parteien unternehmen wollte, hatte die Tragik
der politischen Situation es gewollt, daß dieser Vorstoß nicht nur
nicht ausgeführt werden konnte, sondern, daß die Partei gar
einen Rückstoß erlitt. Sammelte hies daher die Parole, die
nach den für die Partei so verhängnisvollen Tagen des Januar
und Februar für die Essener Woche ausgegeben war. Das ge-
schlagene Heer sollte neu rangiert, ein neuer Heberstab über das
selbe seitens der Oberleitung gewonnen werden.

Diese Rangierung konnte nur in aller Ruhe sich vollziehen.
Daher: Pille, Pille, kein Gedräng gemacht! auf diesen Ton

Kollegen, der Ablauf der Tarife naht, betreibt eifrig die Herbstagitatio!

waren die Reden abgestimmt, mit der die meist kleinen und mir wenige größeren Geister der Partei die Essener Zusammenkunft unterhielten. Wohl sahen sich Stiers ein schrillerer, gereizterer Akt aus dem Zwiepsalt der Meinungen hervorzuheben zu wollen, aber das Angestrichene Bemühen, nur ja der bürgerlichen Welt kein Schauspiel à la Dresden zu bieten, kämpfte jede Erregung, jede Blutsaufwallung wieder nieder. Daß unter solchen Umständen ein Gefühl der Gebücktheit, Verfahrenheit und einer gewissen Ratlosigkeit auf dem Parteitag lagerte, ist nur zu leicht verständlich.

Nicht allein zu sammeln galt es aber anscheinend in Essen, sondern auch zu raten, wie neue Truppen in Zukunft für die Partei auf die Beine zu bringen, neue Kräfte für das rote Heer zu werben sind. Und ausgehend von dem zweifellos richtigen Gedanken, daß jeder Reorganisation eine Kritik der Vergangenheit vorausgehen hat, unterzog auch Bebel in seinem politischen Referate seine Heeresorganisation einer solchen. An ihr selbst hatte er im allgemeinen wenig auszusetzen, der Gegner war überflüssig, die Situation — das Terrain möchten wir es nennen — war für die Bewegung seiner Massen ungünstig, zudem fehlte es den sozialdemokratischen Truppen an einer zügigen Schlachtparole, während den Gegner ein überaus günstiger Schlachtruf begehrte: aus all diesen Momenten erklärte der sozialdemokratische Oberkommandierende seinen Mißverfug, den Abbruch des gewollten Vorstoßes.

Die Basis jeglicher erfolgreicher Heeresführung ist die richtige, dem Gelände, der augenblicklichen Situation angemessene Taktik. Mit einer solchen wird es nun in Zukunft anscheinend auch Bebel versuchen, ja, er will sogar neue Wege gehen! Er rechnet fernerhin mit einem Zustrom aus dem neuen Mittelstand, dem „Stehtragerproletariat“ und aus den „Intellektuellen“, den „Simplizissimusleuten“. Nach dieser Richtung hin die Agitation zu lenken, meint er, „ist ein Gebot der Notwendigkeit für uns, und wir können es auch, wenn wir in der... sprechenden Weise vorgehen.“ Vor allem spekuliert er aber auf den Ansehluß der christlich organisierten Arbeiter. Die Art und Weise ihrer früheren Behandlung durch die Partei und die sozialdemokratischen Gewerkschaften bezeichnet er als eine verfehlte. Nicht die trennenden, sondern die Arbeiter einigenden Momente will er zu der Gewinnung betont wissen, und optimistisch wie er ist, meint er: Es müßte doch mit dem Teufel zugehen, wenn die Erreichung dieses Zieles nicht möglich wäre!

Wie wichtig Bebel die Verstärkung seines Heeres erscheint, ergibt sich daraus, daß er die Marschroute gar auf einen andern Ton, den revisionistischen, stimmt. Der rabiat, schmetternbe, soll einem mehr einschmelzenden weichen! Daher in der Frage des Militarismus seine Schwankung auf die Seite der Revisionisten. Im Militarismus sieht er nicht so sehr das Subjekt zur Behauptung der Klassenherrschaft denn mehr, wie die Revisionisten, die zu bekämpfenden Auswüchse des heutigen Militarismus. Eine sozialistische Sozialpolitik als Zivilisationspolitik hält er, wie die Revisionisten, für im Rahmen der Möglichkeiten. Die Maßstab, die Frage der Lokalfisten, wird kurzum abgekan, ebenso die brenzliche Frage des Nachrichtenbureaus. Leise, leise: alle sonstigen aus dem Lande stammenden kritischen Beiträge verfallen lautlos in den großen Parteipapierkorb. Nur keinen Revisionismus! Wenn nur alles vertrieben wird, was eine Zersplitterung der Kräfte heraufbeschwören könnte!

So die neue Situation! Und wie wird die Sozialdemokratie in dieser weiter agieren? Wenn nicht alle Zweifel krügen, wird sie in Zukunft mit verdoppeltem Eifer an die Arbeit gehen, vor allem aber alles zurückhalten suchen, was sie dabei fällen könnte. Vor allem wird sie auch, was an schmuggiger Bähigkeit immerhin zu waschen sein wird, nicht mehr vor aller Öffentlichkeit reingehen, sondern hinter Schloß und Riegel in einer separaten Partei-Wachstube. Sie wird nach dieser Richtung ihren Gegnern das Agitationsmaterial gegen sich vorzuenthalten suchen. Das schließt allerdings nicht aus, daß in die friedliche Parteiarbeit Stiers auch ein schärferer Klang hineinbringt. Der Waffe ist der Ton der „Leipziger Volkszeitung“ und der Herren Ledebur und Stabschagen doch Stiers noch lieber, als der der „Sozialistischen Monatshefte“ und des Zwillingspaars Bernstein-Darwin, und die Infingenz zwischen sozialdemokratischer Theorie und sozialdemokratischer Praxis wird schon dafür sorgen, daß der Faden der Skandale gleichwohl nicht abreißt. Im allgemeinen ist aber Situation und Taktik gegeben!

Auffallen mußte es, einen wie großen Wert Bebel auf die Bildungs- und Aufklärungsarbeit durch die Partei legte. „Wir müssen nur viel energischer agieren und organisieren als bisher“ rief er den Genossen zu. „Vor allem ist auch die Aufklärungsarbeit an uns selbst notwendig, die ist bisher vernachlässigt worden. Ich freue mich über den Bildungs- und Aufklärungsdrang, der überall in den Massen hervortritt, über den Hunger nach Wissen, nach Erkenntnis, nach höherer Bildung. Das muß von uns nach Kräften unterstützt werden, alle Mittel müssen angewandt werden, um ihn zu fördern (lebhafte Zustimmung).“ Wie sehr es der Sozialdemokratie mit einer intensiveren Bildungs- und Aufklärungsarbeit unter ihren Anhängern ernst ist, davon zeugen die Einrichtungen des Bildungsanschlusses zur Injzenierung einer sozialdemokratischen Volksbildungsbewegung, die Errichtung der Parteischule zur Ausbildung von Parteibeamten und Redakteuren, das Nachrichtenbureau zur besseren Versorgung der Parteipresse, wozu noch die Bildungsarbeit kommt, die von den Gewerkschaften geleistet wird, und die der Partei indirekt zugute kommt.

Diese Vorgänge mögen sich die nicht-sozialdemokratischen Parteien nicht entgehen lassen, vielmehr ihnen ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden. Ganz besonders verdient festgehalten zu werden die Behandlung, die der Parteitag der christlich-nationalen Arbeiterbewegung angedeihen ließ. Nichts von Spott und Geringschätzung, wie es sonst wohl aus den Spalten der sozialdemokratischen Blätter hervorragt, sondern eine ernste Beschäftigung mit ihr! War doch gerade auch das Ruhrrevier mit seiner ständig entwicklungsfähigen christlich-nationalen Arbeiterbewegung der geeignete Ort, der Sozialdemokratie die Bedeutung derselben vor Augen zu führen. Wenn Parteien und Regierung Stiers die Lehre sichten und der christlich-nationalen Arbeiterbewegung das zuzuwenden lassen, was ihr gebührt — nicht etwa lediglich als Bollwerk gegen die Sozialdemokratie, sondern als Begehrter der berechtigten Arbeiterinteressen im Gegenwartskampf — wenn sie eine gute Sozialpolitik für alle Hände machen, allen schmerzhaften Mäuren aus dem Weg gehen, dann dürfte der Sozialdemokratie auch in der neuen Situation der schlimmste Stachel genommen sein.

Aber auch nur dann!

Rundschau.

Seine Einigung.

Die Lokalfisten zeigen, trotz des Essener Parteitagbeschlusses, immer noch keine Lust zur Einigung mit den Zentralisten. Vergeblich wurde ihnen schon in Mannheim mit dem Ausschluß aus der Partei gedroht, wenn sie sich nicht bis zum Essener Parteitag zur Versöhnung bereit erklären. Die Lokalfisten

zeigten keine Eile, ja einige lehnten den Anschluß überhaupt ab. Trotzdem kam es in Essen nicht zum Ausschluß. Der Grund dafür dürfte klar sein! In Mannheim wogte sich die Partei noch in sicherem Siegesgeseh; letzteres hat inzwischen einen starken Stoß erlitten. Erklärlich ist es daher, daß in Essen andere Töne angeschlagen wurden. Einige Heißsporne forderten ja die Durchführung des Mannheimer Beschlusses; andere, darunter Böhmelburg, traten für eine Verlängerung der Gnadenfrist ein. Der Parteitag pflichtete dem bei. Es ist ja auch bekannt, daß rote Führer die Tätigkeit der Lokalfisten gar nicht unfeindlich beurteilten. Sie bestrichen nämlich eine Versumpfung der Zentralorganisationen, und zwar durch die Tarifverträge und andere praktische Tätigkeit. Zur Erhaltung des reinen Klassenkampfprinzips sind die Lokalfisten mit ihren Theorien ja auch geeigneter. Die Gnadenfrist wurde also um ein Jahr verlängert. Trotzdem scheinen die Lokalfisten zur Ruhe und Einkehr nicht geneigt. Sie schlagen im Gegenteil einen unverfälschten Ton an. So beschloß die Generalversammlung des 5400 Mitglieder zählenden Solinger Industriearbeiterverbandes:

„Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand, alle Einigungsvorschläge, die darauf hinauslaufen, die Entwicklungsfähigkeit des Industriearbeiterverbandes zu fördern, sowie solche, die eine Verschmelzung mit dem Metallarbeiter-Verbande empfehlen, als unbedenklich zurückzuweisen.“

Eine Einigung erscheint demnach für ausgeschlossen. Das bezeugt allerdings wenig Respekt vor dem Parteitagbeschlusse. Welche Momente dabei mit in Betracht kommen, davon gibt das Organ genannten Verbandes einige Proben. Nachdem es die Handlungsweise roter Metallarbeiterverbandsbeamten beleuchtet, gibt es Schriftstücke von letzterem Verband teilweise bekannt, und sagt dazu:

„Die Einsicht in die Dokumente, in deren Besitz wir sind, zeigt uns ein erschreckendes Bild der Clique, von der der Deutsche Metallarbeiterverband regiert wird. So viel Verworfenheit, wie uns da entgegenstarrt hätten wir an der Spitze der größten Gewerkschaft Deutschlands nicht zu finden gehofft. Es wäre eine Schmach für die Arbeiterbewegung, wenn sie an ihrer Spitze noch länger Leute dulden würde, die, um ihre Ziele zu erreichen, vor keinem Verbrechen an der Arbeiterchaft zurückschrecken.“

Das ist allerdings eine böse Charakteristik. Zur besseren Würdigung geben wir hervor, daß es Sozialdemokraten sind, die so über ihre Genossen urteilen. Und diese müssen sich ja kennen.

Geistes-Waffen der saarabischen Genossen.

In der Nacht vom 27. auf den 28. September lebten zwei christlich organisierte Maurer Versammlungsplätze an einem Saugamt in der Dudenstraße zu St. Johann an. Pflöcht kamen zwei unbekannte Arbeiter auf sie zu und fragten, was sie da machten. Die beiden gaben die gewünschte Antwort. Eine weitere Frage ging dahin, ob die Plätze von den freien Gewerkschaften seien; als dieses mit dem Verneinen verneint wurde, sie seien von den christlichen Gewerkschaften, gerieten die beiden in Wut; mit den Worten: Was ihr wollt keine Sozialdemokraten sein, schlugen sie die beiden christlichen Maurer nieder. In demselben Moment kamen noch drei hinzugesprungen. Diese fünf saarigen Gesellen bearbeiteten nun eine Zeitlang die am Boden liegenden wehrlosen christlichen Maurer durch Faustschläge und mit den Stiefelabsätzen in der schneidendsten Weise. Die Kleider wurden ihnen vom Leibe gerissen. Beim Herbeileiten eines Schutzmannes nahmen die Wegelagerer Reißaus; leider konnten sie in der Dunkelheit nicht erkannt werden. Daß es sich hier um einen geplanten Überfall handelt, kann kaum bezweifelt werden. Sollte nicht einer oder der andere rote Führer von der Sache wissen? Wir wollen das keineswegs behaupten, aber wenn man bedenkt, daß bei einer Schlichtungskommissionsitzung im Baugewerbe, in Gegenwart einiger Arbeitgeber, ein Genosse dem Bezirksleiter des christlichen Bauarbeiterverbandes die gemeinste Drohung entgegenzuschleuderte, und der daneben sitzende rote Führer hört solches mit lächelnder Miene, und ohne ein Wort des Tadelns an, so kann man mit gewisser Berechtigung obige Frage erheben. Hoffentlich gelingt es, die roten Wegelagerer ausfindig zu machen, damit ihnen vor Gericht ihre „edle“ Tat gelohnt wird. Die Plätze wurden jaft überall abgerissen. Ein Kommentar hierzu ist überflüssig. Der Fall spricht für sich selbst. Die Genossenführer mitämter der „Saarwacht“ haben angeichts solcher Leistungen ihrer Jünger gewiß keine Veranlassung über andere zu schimpfen. Diese haben mit ihrer strafenübermäßigen Kampfesweise im Saargebiet jeden Rekord geschlagen. — An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen! Und solche Gesellen wollen die Menschheit zu einer lichteren Höhe führen??? Pfui Teufel!

Was geht vor?

Ein geheimes Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes im Baugewerbe Mitteldeutschens läßt die deutliche Absicht erkennen, einen Hauptschlag gegen die Arbeiter im Maler- und Tüncher-gewerbe führen zu wollen. Der für dieses Gewerbe bestehende Tarif läuft am 1. April 1908 ab. Das Zirkular richtet nun an die Unternehmer die dringende Bitte, alle Maler-, Tüncher- und Anstreicherarbeiten so zu beschleunigen, daß diese gesamten Arbeiten möglichst bis zum 31. März fertig sind. — In seiner Jahresversammlung hat der Verband die Anlage eines Streifens beschlossen, ebenso wurden auch die Mitglieder verpflichtet, auf die Einführung der Streiklausel zu dringen. Dasselbe soll jedoch nicht nur bei Streiks, sondern auch bei Ausperrungen, die Frist für übernommene Arbeiten und deren Dauer verlängern. Diese Anzeichen lassen auf scharfe Kämpfe hinführen. Hoffentlich treffen sie die Arbeiter nicht unvorbereitet.

Der achte deutsche Mietertag

sand am 28. und 29. September in Steglitz statt. Der vom Vorsitzenden Hoffelber (Leipzig) erhaltene Jahresbericht stellt fest, daß dem Verbande deutscher Mietervereine 47 Vereine angehören, von denen 40 in der Versammlung vertreten waren. Im letzten Jahre sind dem Verbande 12 neue Vereine beigetreten, und in verschiedenen Städten steht die Gründung neuer Vereine bevor. Der Geschäftsbericht drückt dann sein Bedauern aus über die plötzliche Entlassung des Wrajen Pobjadowitsch und darüber, daß der preussische Wohnungsgesetzentwurf noch immer nicht herausgenommen sei. Heber die Aufgaben der Mietervereine sprach Stadtvorordneter Böhmberg (Schöneberg). Der Mietertag hat hierzu eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Die Mietervereine müssen neben der Aufklärung der Bevölkerung als ihre wichtigste Aufgabe das praktische Eingreifen in die Gemeindefragen betrachten und auch bei den Reichs- und Landtagswahlen ihre Grundzüge und Ziele zur Geltung bringen. Die Mietervereine müssen mit allen denjenigen Organisationen Fühlung nehmen und zusammenarbeiten, welche auf anderen Gebieten des öffentlichen Lebens das gleiche Ziel wie sie selbst verfolgen: an die Stelle einer autoritären, rückwärtigen Interessenspolitik eine wahrhaft fortschrittliche Sozialpolitik zu setzen.“ Nach einem Vortrage des Reichstagsabgeordneten Dr. Straube (Kiel) über Wohnungsfrage und Wohnungsgesetz wurde folgender Beschluß gefaßt: „Gewerkschaft, Staat und Reich müssen zu-

sammen an der Lösung der Wohnungsfrage arbeiten. In der meiste gilt der Kampf hauptsächlich den Terrainspekulanten. Diesen Kampf sollten auch die Hausbesitzervereine in ihrer eigenen Interesse mit allen Kräften führen. In Wirklichkeit tun sie es aber nicht genügend, zum Schaden des soliden Hausbesitzes. Die Mietervereine sind berufen, die schädlichen Auswüchse im Wohnungswesen, besonders auf gesundheitlichem Gebiete, zu bekämpfen. Die Privilegien der Hausbesitzer Gemeindefürsorge sind zu beseitigen. Eine großzügige Wohnungsfürsorge ist ohne Bodenreform nicht möglich.“ Der Punkt der Tagesordnung betraf die Wertzuwachssteuer. In einem Referate von Schöning (Steglitz) wurde folgende Situation angenommen: „Der Mietertag hält die Einführung der Wertzuwachssteuer, insbesondere in allen sich schnell wickelnden Gemeinden, für eine dringende Notwendigkeit; 1. die Wertzuwachssteuer gibt den Gemeinden die Möglichkeit ein weiteres Ansteigen der Realsteuern zu vermeiden und Verbesserung der Wohnungsverhältnisse mehr als bisher zu tun; 2. sie ist eines der wirksamsten Mittel, hemmend auf Entwicklung der Bodenpreise einzuwirken und damit eine weitere Steigerung der Mieten zu verhindern; 3. sie wirkt sozial vorteilhaft, weil sie einen Teil der ungeheuren Bodengewinne wieder der Gemeinde zuführt.“

Wo sitzt der „ehelose Stromer“?

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften brachte ein Verächt über die Berliner Lohnbewegung. Darin... Die Reformmänner... vernichteten ihre Zahl von annähernd 1000 vor dem Kampfe auf ca. 2500 Anfangs August, es dürfte die Zahl der in Berlin arbeitenden Arbeitswilligen betragen haben. Diese Ausdehnung des Streikbundes bei Berliner Maurern wurde durch das unsozialistische Handeln sozialdemokratischer Zimmererverbände ermöglicht, indem er an die Abmachung mit den übrigen Verbänden wenig dachte — an allen Bauten, ob dort bewilligt war oder nicht, ob dort Arbeiter oder Zimmerer arbeiteten, einfach Zimmererarbeiten verriet. Diese Feststellung bringt den „Zimmerer“ in eine förmliche Masche und er nennt den Metallarbeiter einen „ehelosen Stromer“, eben wie er dem Zentralblatt „Unpünktlichkeit“ vor. Wie gerade Brömmann, der Redakteur des „Zimmerer“, sich zu einer derartigen Äußerung hinreißen lassen konnte, übersteigt denn doch alle Begriffe. Wir können nur das, was das Zentralblatt geschrieben, bestätigen. Wir verwiesen den Herrn Brömmann auf die Protokolle der gemeinschaftlichen Sitzungen vom 5., dem 10. und 17. Juni; ebenso weisen wir auf die Tatsache, daß nicht allzulange vor Abbruch des Kampfes ein Einigung einberufen war, um die Solidarität der Zimmerer einer Belästigung zu unterziehen. Und an all diesen Sitzungen hatte Herr Brömmann teilgenommen; er hat auch die eigenartigen Umstände der zuletzt angelegenen Sitzung vor unseren Augen gesehen, falls sein eigenes Gedächtnis ihn verlassen haben sollte, genaunte Protokolle genau zu studieren und dann wird er selber zu dem Resultat kommen: Der ehelose Stromer sitzt in der Redaktion des „Zimmerer“.

Wirtschaftliche Bewegung.

Zugang senkhalten: Werkn. Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter, Neuschwib, Maurer, Weichenburg i. G., Sperrung (Maurer, Zimmerer, und Bauhilfsarbeiter), Gans (Maurer), Paganen (Maurer), Neustadt, Weipr., Zementfabrik, Kollshaus (Hilfsarbeiter), Giersfeld (Gießerleger), Sperre über Firma Kammenshüller, Barmen-Mittershausen, Woch (Maurer), Wochum (Sperre über Giersfeld), Essen a. d. Ruhr (Stumme, Sperre über Zwickelmeister Delmerich und Gelnand und Kläs), Greif, Ausperrung der Maurer, Bauhilfsarbeiter und Zimmerer, Säckingen und Wurg (Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter).

Geperret ist das Baugeschäft Herrmann in Bischofsheim, Di.

Bezirk Münster.

Münster. Zu der Verächtigung des Herrn Peters, Gaudel des sozialdemokratischen Bauhilfsarbeiterverbandes, schreibt Kollege Werner: Herr Peters bestreitet in Soest gesagt haben: „In Burgsteinfurt haben die Christlichen zur Einreichung der Forderung gedrängt, und als es Ernst wurde, sind sie im Gelanten.“ Ich behaupte demgegenüber, daß besagte Außere in Wirklichkeit gefallen ist, vielleicht erinnert sich auch Herr Peters, daß er von unserem Kollegen Goshmann darauf aufmerksam gemacht wurde. Ich kenne den Gang der Lohnbewegung in Burgsteinfurt keineswegs; da die Genossen mit allmöglichen und unmöglichen Dingen gegen uns kreben gehen und uns zu schädigen, hielt ich es für meine Pflicht, mir die Klärung bei unserer Bezirksleitung in Münster zu holen. Dasselbe für den Gauleiter Peters so ungünstig ausgefallen. daran trage ich keine Schuld; hätte sich Peters an die Wahrheit gehalten, wäre ihm dieser Zwischenfall nicht passiert. Ich gehe zu, daß die Angelegenheit für ihn sehr peinlich ist. Wambler für ihn wird die noch dadurch, als er in schulmeisterlichem Ton uns die Befähigung, einen ausgesprochenen zu berichten, abzusprechen versucht, dabei aber selbst sich ein Zeugnis ausstellt, daß er nicht fähig ist, einen Satz richtig zu schreiben. Wie mit dem Schreiben, so scheint's auch mit dem Denken bei ihm zu sein. Alles gleich schwach. Herr Peters muß eben noch viel lernen, vor allem der Wahrheit die Ehre zu geben; auch wenn das ungewohnt wie in diesem Falle. Damit ist die Angelegenheit für mich erledigt.

Bezirk Gochum.

Gelsenkirchen. Mit den hiesigen Dachbedeckern wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen. Derselbe steht in der Hauptsache folgendes vor: An Stelle der 11stündigen Arbeitszeit tritt 10stündige. Der Minimallohn beträgt für die Dachbedeckergesellen 55 Pf., für Junggesellen im ersten Jahre 45 Pf., im zweiten 47 Pf., im dritten 50 Pf.; von da ab vollen Lohn. Hier tritt die Lohnerhöhung ein von 2 bis 7 Pf. pro Stunde. Für Nachtarbeiten ist ein Zuschlag von 20 Pf. pro Stunde zu gewähren für Leer- und Holzgerätschaften ein solcher von 5 Pf. pro Stunde. Bei auswärtigen Arbeiten wird für Mittagessen 1 Pf. vergütet; bei solchen, wo es nicht machbar werden muß, 1 Pf. Markt pro Tag. Kündigung findet nicht statt. Der Vertrag ist Gültigkeit vom 1. Oktober 1907 bis 1. Oktober 1908. Die Bedingungen wurden mit dem freien Dachbedeckerverband gemeinsam aufgestellt, und nur durch gemeinsames Vorgehen konnten die Zugeständnisse von den Arbeitgebern erlangt werden. Es nun unsere Pflicht, das vertraglich festgelegte auch zur Durchführung zu bringen. Dazu bedarf es einer guten, disziplinierten Organisation. Sorgen wir daher dafür, daß sämtliche noch unorganisierten Dachbedeker dem Verbande zugeführt werden.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Monatsorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch dienlich morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Achtung! Sterkrade. Am Sonntag, den 18. Oktober, von 11 1/2 Uhr, beginnt im Gewerkschaftshause, Güttferm, der 11te richtiger Kurs. Bistigt der Kollegen ist sich zahlreich daran beteiligen.

Main financial table with columns for Verwaltungsstelle, Einnahme, Ausgabe, and various sub-categories like Kassenbestand, Beiträge, etc.

A. Verwaltungsstellen.

Summary table for Verwaltungsstellen showing Einnahme, Ausgabe, and Bilanz.

B. Zentralkasse.

Summary table for Zentralkasse showing Einnahme, Ausgabe, Bilanz, and Vermögens-Ausweis.

Detailed table for Zentralkasse Ausgabe, listing various administrative and support costs.

Zur Abrechnung.

Textual report regarding the accounting process, mentioning the year 1907 and the role of the board.

Textual report regarding the formation of new branches in Baden and Württemberg, and the status of the central office.

Textual report regarding the central office's activities, including administrative support and financial management.

find: Ueberbach, Buchholz, Eich, Glabbach, Binsfeld, Neuhof, Probbach und Nottenberg.

Zur Bezirk Münster sind neugegründet: Emden und Obbenbüren.

Zur Bezirk Niederrhein sind zentralisiert: Bocholt (M. u. Dach), Dorfen, Votrop, Cleve, Dorsten, G. Necken, Goch, Heiden, Hochalbe, Wittheim (Mahr), Rhebe, Veltvert, Venlo und Wesel.

Zur Bezirk Nordbayern sind zentralisiert: Memberg, Mühlberg, Burgoberbach, Fürth, Forchheim, Hallstadt, Stadtschwarzach, Stetten und Röhlingen. Neugegründet sind: Maitach, Burgghausen, Cham, Floss, Gelsattel, Krayberg, Kronach, Lichtenfels, Neumarkt, Runding und Wunsiedel.

Zur Bezirk Ostpreußen sind neugegründet: Bischofsburg, Bischofsstein, Gensburg, Soldau und Taptau, aufgelöst hat sich Orleburg.

Zur Bezirk Paderborn sind neugegründet: Friedrichsdorf, Höxter, Oelde, Nützen und Steinhagen. Die übrigen Verwaltungsstellen sind vom Bezirk Bochum, Hannover und Münster abgegliedert.

Zur Bezirk Posen-Schlesien sind neugegründet: Bautzen, Frankenstein, Münsterberg, Neumarkt, Ostroh und Reichenstein. Abgegliedert zum Bezirk Brandenburg-Pommern ist die Verwaltungsstelle Wiep. Die frühere Verwaltungsstelle Dels hat sich als Geschäftsstelle der Verwaltungsstelle Breslau angeschlossen.

Zur Bezirk Pommern und Uckermark sind die Verwaltungsstellen Landau zum Bezirk Baden-Württemberg gelangt.

Zur Bezirk Südbayern sind neugegründet: Dillingen, Dauting, Schönbach und Passau. Die Verwaltungsstelle Landshut hat sich aufgelöst.

Zur Bezirk Westpreußen sind neugegründet: Labau, Mühlhau, Pöhlen und Schenauverling.

Rassenverhältnisse.

Die Reincinnahme des Verbandes beträgt laut dieser Abrechnung 368 585,87 M. gegen 327 108,50 M. der vorigen Abrechnung. Demnach ein Mehr von 41 477,37 M. Angehends der Zunahme der Mitgliederzahl von 4034 ist dieses ein gutes Resultat. Noch günstiger würde es sein, wenn unser Verband nicht an Orten mit größerer Mitgliederzahl in Kämpfe verwickelt gewesen wäre, so z. B. in Wachen und Berlin. Weiter ist hieraus aber auch zu ersehen, daß unser Verband die Mitgliederzahl nicht nur auf dem Papier zu stehen hat, wie es unsere „Freunde“ den Kollegen vorpiegeln, sondern in der Tat. Die Durchschnittsleistung eines Mitgliedes betrug, auf 18 Wochen berechnet, 8,83 M. Das entspricht einer Einnahme pro Mitglied und Woche von 43 Pf. Ein gleich günstiges Resultat ist leider bei den

Ausgaben

nicht festzustellen. Dasselbe stieg gegen das zweite Halbjahr 1906 mit 178 985,72 M. auf 267 801,22 M. bei der Zentralkasse. Dieses ist ein Mehr von 90 815,50 M. In den Verwaltungsstellen stieg die Ausgabe um 12 507,98 M. und zwar von 62 141,35 M. auf 74 649,31 M. Die Steigerung der Ausgaben in der Zentralkasse entfällt zum größten Teil auf die Streikunterstützung, die in diesem Halbjahre eine Höhe von 134 125,20 M. erreicht hat. Im Vorjahre hatten wir im ersten Halbjahr 64 767,67 M. und im zweiten Halbjahr 74 009,15 M., also zusammen nur 138 776,82 M. Auch alle Ausgaben für Unterhaltungen zeigen eine größere Aufwärtsbewegung, z. B. stieg die Sterbefallunterstützung von 2808 M. auf 414 M.

Der Rassenbestand

In den Verwaltungsstellen ist von 67 047,— M. auf 97 428,29 M. gestiegen, also mehr 30 381,29 M. Dagegen ist derselbe in der Zentralkasse von 173 145,87 M. auf 163 897,92 M. Demnach hat die Zentralkasse 9245,95 M. zugelegt. Das ist kein gutes Resultat und muß jeder Kollege darnach trachten, die Zentralkasse zu stärken. Was vielfach von der Zentralkasse verlangt wird, ist fast ungläublich. Nur ein Beispiel: Da werden an einem Orte Lohnforderungen gestellt, es kommt mit den Unternehmern zu Verhandlungen, die mehrere Sitzungen erfordern. Alle diese Unkosten werden der Zentralkasse abgezogen. Kommt dann ein Monat von der Zentralkasse, so heißt es: Die Zentralkasse kann froh sein, daß es nicht zum Streik gekommen ist, da hätte es noch mehr gekostet! — Wenn in diesem Sinne gerechnet wird, so wird die Zentralkasse zu nichts kommen können. Schon dieser Geist gegenüber der Zentralkasse ist verwerflich. Derartige Kombinationen können ja auf allen Gebieten gegenüber der Zentralkasse gemacht werden. Dieses muß verstanden werden. Wir sehen ja auch die Wirkungen dieses Geistes klar vor Augen. Die Verwaltungsstellenbestände steigen um 50 Proz. in einem halben Jahre, wogegen die Zentralkassenbestände zurückgehen. Bedenkt, Kollegen, daß die Zentralkasse das Rückgrat des Verbandes ist, und wirkt dahin, daß diese stark gestützt ist.

Dachdecker.

Dortmund. Am 28. September fand unsere Mitglieder-Versammlung statt. Auf der Tagesordnung standen: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Wahl eines zweiten Schriftführers. 3. Berichtsabend. Zu Punkt 1 ließ sich ein Kollege aufnehmen. Hier ereignete sich ein interessantes Intermezzo: Unter der Vorgabe, sich in den christlichen Verband aufnehmen zu lassen, hatten zwei Genossen, ebenfalls Dachdecker, Eingang gefunden. Sie berückten nun, Propaganda für den roten Dachdeckerverband zu machen; allerdings in der denkbar ungeschicktesten Weise. Der Vorsitzende des roten Dachdeckerverbandes wartete unterdessen vorn im Gastzimmer. Er war jedenfalls auf die Vorbeeren, welche sich seine beiden Kollegen holen würden, begierig. Kollege Petri teilte den beiden Selbsten die Vorbeeren denn auch aus. Das war ein Genuß! Wie getretene Würmer krümmten sie sich und blickten sehr oft schneidig nach der Türe. „Ach, wären wir doch draußen gelieben!“ Es mußte ihnen nichts; unbarbarisch sauste Schlag auf Schlag auf sie herab. Denen dürfte die Luft vergangen sein, nächstens mit den Christlichen anzubinden. Jedenfalls ist derartige geistig, den Mitgliederstand der roten Dachdecker noch mehr zu beschleunigen. Wie begossene Fische zogen die beiden Eindringlinge ab. Kollege Petri schloß, wie sehr es hier an der Durchführung der Unfallversicherungsvorschriften mangelte. Solange die Herren Genossen jedoch lieber mit Indifferenten arbeiten wie mit den Christlichen, so lange werde darin keine Veränderung eintreten. Er forderte die Kollegen zum eifrigen Ausbau der Organisation auf, damit wir ernsthaft an die Verbesserung der bestehenden Verhältnisse gehen können. Auf die Sozialdemokraten ist so kein Verlaß. Die Begeisterung in der Versammlung läßt das beste hoffen.

Maurer.

Dortmund, den 26. Sept. Unsere heutige Mitglieder-Versammlung erfreute sich eines sehr guten Besuchs. Auf der Tagesordnung standen: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Kollegen Koch-Bochum. 3. Baubelegtenbericht. Zu Punkt 1 wies Kollege Petri darauf hin, daß wir uns am Schlusse des dritten Quartals befinden. Wer mit seinen Beiträgen oder Extra-Marken noch im Rückstande sei, sollte dies unverzüglich nachholen. Laut Beschluß der letzten Versammlung werden mit dem 1. Oktober sämtliche Mitgliedsbücher zur Kontrolle eingegeben und die künftigen Beitragszahler bekanntgegeben. Kollege Koch-Bochum referierte alsdann über „Gewerkschaft und Kultur“. Der reiche Beifall, der ihm zuteil wurde, zeigte, daß er den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. Den Baubelegtenbericht erstattete Kollege Schmeibach. Er gab bekannt, daß in der letzten Sitzung nur 26 Delegierten anwesend waren. Er bedauerte dies und sprach die Erwartung aus, daß es

in Zukunft besser werden möge. Die Vertrauensmänner und Baubelegten sind das Herz einer Organisation. Zu diesen sollen ihre Pflicht nicht, muß der ganze Verband darunter leiden. Nachdem alsdann noch einige gewerkschaftliche Angelegenheiten geregelt worden waren, erreichte die interessante Versammlung ihr Ende.

Oberhausen (Rheinland), den 28. September. Eine im Laufe der Woche benutzte Statistik erstreckte sich über die Orte Oberhausen, Osterfeld, Sterkrade-Schmachtenorf, Wesel-Wüderich und Emmerich mit Umgebung. Gezählt wurden:

Table with 4 columns: Ortsname, Poliere, Gesellen, Bauhilfsarb. Lehrlinge. Rows include Oberhausen, Osterfeld, Sterkrade-Schmachtenorf, Wesel-Wüderich, Emmerich u. Umgebung.

Table with 4 columns: Ortsname, Bauten, davon 1. bis 3. Stod, Rohbau u. Umbauten u. Reparaturen. Rows include Oberhausen, Osterfeld, Sterkrade-Schm., Wesel-Wüderich, Emmerich u. Umg.

Table with 4 columns: Ortsname, Organisiert waren: Poliere, Gesellen, Bauhilfsarb. Rows include Oberhausen, Osterfeld, Sterkrade-Schm., Wesel-Wüderich, Emmerich u. Umg.

Table with 4 columns: Ortsname, Unorganisierte wurden gezählt: Poliere, Gesellen, Bauhilfsarb. Rows include Oberhausen, Osterfeld, Sterkrade-Schm., Wesel-Wüderich, Emmerich u. Umg.

Die tägliche Arbeitszeit für Gesellen und Bauhilfsarbeiter gestaltete sich folgendermaßen:

Table with 4 columns: Ortsname, 12 Std., 11 Std., 10 1/2 Std., 10 Std. Rows include Oberhausen, Osterfeld, Sterkrade-Schm., Wesel-Wüderich, Emmerich u. Umg.

Der Stundenlohn betrug in Oberhausen für zwei Poliere 70, für einen 67 Pf., der Lohn der übrigen Poliere konnte nicht ermittelt werden. Der Stundenlohn der Gesellen betrug für 110: 55, 153: 68, 89: 51 1/2, 8: 52, 2: 50, 3: 45 Pf.; Bauhilfsarbeiter verdienten 207: 45, 8: 46, 23: 44, 172: 43 und 2: 42 Pf.

In Osterfeld konnte der Lohn der Poliere nicht ermittelt werden. Gesellen verdienten 32: 53, 43: 53, 33: 52, 6: 50 Pf.; Bauhilfsarbeiter 46: 45, 12: 43, 23: 42, 4: 41, 20: 40, 1: 30 Pf.

In Sterkrade-Schmachtenorf war der Lohn der Poliere gleichfalls nicht zu ermitteln. Gesellen verdienten 32: 53, 76: 50, 20: 49, 21: 48, 2: 38, 12 erhielten einen Schichtlohn von 5,70 Mark. Bauhilfsarbeiter 17: 45, 23: 43, 47: 40, 12: 39 und 11: 33 Pf.

In Wesel-Wüderich, Lohn der Poliere nicht zu ermitteln. Für Gesellen betrug derselbe bei 118: 50, 6 (Stuktureure): 65 Pf.; Bauhilfsarbeiter verdienten 1: 45, 110: 40 Pf.

In Emmerich und Umgebung, Lohn der Poliere nicht zu ermitteln; 24 Zimmerer erhielten 36 Pf., 161 Maurer 38 Pf. und 104 29 Pf. Stundenlohn.

Die Unfallversicherungsverordnungen werden allenthalben mangelhaft durchgeführt. Besonders die Balkenabdeckungen lassen viel zu wünschen übrig. Verbandskassen sind nur an wenigen Baustellen anzutreffen, vielen sind sie überhaupt unbekannt. Das gleiche ist auf die Baubuden anzuwenden. In Osterfeld waren an fünf Baustellen überhaupt keine, auf fünf waren sie sehr schlecht und auf weiteren fünf mangelhaft. In Sterkrade fehlten dieselben ebenfalls auf vier Baustellen, die übrigen waren schlecht. In Schmachtenorf kennt man, außer der Firma Mühlner von Osterfeld, nur Zementbuden. In Wesel und Wüderich sind die gleichen Mißstände anzutreffen, ebenso auch in Emmerich.

Zugleich wurde auch eine Feststellung der ausländischen Arbeiter vorgenommen. Dieselbe betrug:

Table with 4 columns: Ortsname, Holländer, Italiener, Desterreicher. Rows include Oberhausen, Osterfeld, Sterkrade-Schmachtenorf, Wesel-Wüderich, Emmerich u. Umgebung.

Mit vorstehender Statistik wird, wenn auch keine vollständige, so doch immerhin klare Uebersicht darüber gegeben, wo es mangelhaft und wo eingeleitet werden muß. Bezüglich Emmerichs bemerken wir, daß infolge der vielen Reparaturarbeiten etwa 100 Mitglieder unseres Verbandes nicht kontrolliert werden konnten. Eine in Oberhausen, Mühlberg, Osterfeld und Sterkrade vorgenommene Bücherrevision ergab 272 fehlende Beitragsmarken und 404 fehlende Extramarken. Auch das ist ein betrieblisches Ergebnis. Wir haben daher alle Veranlassung, mit allen Kräften dahin zu streben, daß die hier zutage tretenden Mängel und Mißstände beseitigt werden. Eine schlagfertige Organisation will anders zusammengefaßt sein, als wie in diesem Bilde gezeigt worden ist. Mögen daher alle Mitglieder auf der Hut sein.

Königsberg i. Pr. (Christliche Sekretäre als Streikbrecher-Argentei.) Unter dieser Ueberschrift bringt der „Grundstein“ einen Artikel mit Abdruck zweier Briefe, welche von dem Kollegen Paskinar und von mir an unseren Verbandskollegen Karl Grabowski aus Keidenburg, welcher zu der Zeit in Allenstein arbeitete, geschrieben waren. Die „Königsberger Volkszeitung“ heißt sich, den Schwindel des „Grundstein“ nachzubringen. Der „Grundstein“ schreibt: „Bekanntlich führten unsere Genossen in Memel im vorigen Jahre einen schweren Kampf um die Erringung eines Stundenlohnes von 50 Pf. Wie überall, wo unsere Kollegen mehr Lohn verlangen, so kam auch hier der christliche Sekretär Schönefeld zu Hilfe, indem er Streikbrecher heranschleppte; infolgedessen konnten unsere Kollegen nicht auf der ganzen Linie siegen.“ Dritter und sechster kann nicht gelogen werden, wie es hier der Artikel-schreiber im „Grundstein“ getan hat; schon einmal habe ich den Schwindel zurückgewiesen, aber immer wieder will man den „getreuen“ Leuten des „Grundstein“ die alten Lügenmärchen glauben machen. Um aber den Sachverhalt nochmals richtig darzustellen, führe ich folgendes an: 1. Es ist eine Verleumdung, wenn in dem Artikel gesagt wird, ich hätte im vorigen Jahre Streikbrecher nach Memel geschickt. Der Verleumder im „Grundstein“ soll mir einen einzigen nennen. 2. Wie steht es mit der Streikbrecherermittlung in diesem Jahre? Auf Anregung einer großen Anzahl von Kollegen wurde im vorigen Jahre, ausgangs November, zur Gründung einer Verwaltungsstelle in Memel geschritten, und zwar geschah dieses auf Anregung von Kollegen, welche früher Mitglieder des sozialdemokratischen Maurerverbandes waren. Da ein Tarifvertrag nicht bestand, war es unsere Pflicht, einen diesbezüglichen Antrag an die Unternehmer zu stellen. Es fand dann eine Verhandlung am 27. Januar d. Js. statt, welche mit Abschluß eines Tarifvertrages endigte, und zwar wurde an Lohn vereinbart für 1907 48 Pf. und für 1908 50 Pf. Stundenlohn. Die Herren Genossen legen hier zum halben Semester nichts zu Tage

über; als sie jedoch glaubten, die Herren der Situation zu sein, schloß ihnen der Mann und glauben sie die... lichen in Memel fortsetzen zu sollen. Aber die Rechnung war ohne die Christlichen gemacht. Als sie eine Beilegung gestrichelt hatten, wurden scheinliche Briefe an Nichtsmeier von dem Verleumder Kriese aus Königsberg geschrieben, worin den Christlichen ein angehängt werden sollte, um dann in Gnaden wieder aufgenommen zu werden. Aber auch dieses half nichts. So wurden die Memeler Maurer wieder von dem alleinstellmachenden Zentralverbande an der Nase geführt und in den Streik gehetzt, nur um die Christlichen aus dem Wege zu schaffen. Als dieses nicht gelang, legte man sich auf Verleumdungen und die christlichen Angestellten sollten herhalten. Glaub man etwa, wir würden dort, wo wir einen Tarifvertrag abgeschlossen haben, einen Streik unterstützen, der nicht nur gegen unseren Vertrag, sondern auch zur Vernichtung unserer Organisation überhaupt gedacht ist? Für so blödsinnig sollte man uns nicht einschätzen. Für unseren Verband besteht in Memel ein Vertrag, und existiert daher auch für uns kein Streik. Wenn die beiden Briefe im „Grundstein“ dieses etwa beweisen sollen, so erklären wir dieses einfach als Numbung. Uebrigens werden wir zu erfahren versuchen, auf welche Weise Kriese in den Besitz der Briefe gekommen ist. Wenn ich dann geschrieben habe, der Stundenlohn beträgt 50 Pfennig, so entsprach dieses nur der Wahrheit, da Nichtsmeier erklärt hatte, 50 Pf. Stundenlohn zu zahlen. Wenn nun die beiden Firmen Nichtsmeier und Schmidt mit den Herren Genossen keinen Vertrag abschließen, so soll uns dieses wenig reizen, oder würden die Genossen sich vielleicht für unsern Verband ins Zeug legen, falls man uns vom Abschluß von Verträgen ausschließen wollte? Ich denke, hierüber haben die Genossen genügend Verweise gebracht, daß es sich nicht lohnt, darauf noch einzugehen. Was bleibt nun von der ganzen Verleumdung des Kriese, der Vermittlung von Streikbrechern, übrig? Nichts, rein gar nichts. Alle Lügenmärchen aber ziehen nicht mehr, um uns vernichten zu können. Unsere Bewegung hat dafür schon zu tiefe Wurzeln geschlagen. Nächstens teilen wir mehr mit.

Freuden (Siegerland). Eine gut besuchte öffentliche Bauhandwerkerversammlung fand hier Sonntag, den 29. September, statt. Kollege Hilsenbrand-Siegen referierte über die Wichtigkeit der Berufsorganisation und über die Bedeutung der Tarifverträge in den angrenzenden Lohngebieten. In ausführlicher Weise zeigte der Referent, wie besonders die Bauhandwerker durch ihre Organisation viele Verbesserungen geschaffen haben. Eingehend schilderte er ferner die Verhältnisse im Siegerland. Durch Anschluß an die Organisation sei es möglich geworden, Tarifverträge abzuschließen, die bedeutende Vorteile garantieren. Unser Verleumder muß es sein, bei späteren Vertragsabschlüssen dieselben auch auf die hiesige Gegend anzuwenden. Ohne Organisation ist dies aber nicht denkbar. Mit der Aufforderung an alle anwesenden Kollegen, sich dem Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter anzuschließen, schloß der Redner seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. Der praktische Erfolg war, daß fast alle Unorganisierten aufgenommen wurden. Es konnte deshalb eine Geschäftsstelle in Freudenberg und eine für Friesenhagen gegründet werden. Aufgabe der Kollegen muß es jetzt sein, kräftig zu agitieren, damit auch der letzte Bauarbeiter für die Organisation gewonnen wird. Auch der nach Siegen verbannte Genosse Walter vom „sozialdemokratischen Maurerverband“ hatte hier Anstrengungen gemacht, aber vergeblich. Er mußte sich nach eigener Aussage brieflich mitteilen lassen, „wenn er rot sei (was er wohl nicht bestritten kann), binne er in Siegen bleiben.“

Kassel, 20. September. In unserer heutigen Versammlung referierte Kollege Hesse-Frankfurt über die geschichtliche Entwicklung unseres Verbandes und dessen Verfassungen. Ausgehend von der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Zeit, die Ursache der heutigen gewerkschaftlichen Organisation, schilderte er in klarer Weise, wie sozialdemokratischer Terrorismus und Unzufriedenheit zur Gründung unseres Verbandes führten. Unter schweren Mühen und Opfern ging die Entwicklung desselben vor sich, aber stets siegreich. Heute stellen wir einen beachtenswerten Faktor dar, der nicht mehr aus der Welt zu schaffen ist und sowohl von Arbeitgeberseite als auch von den sozialdemokratischen Gewerkschaften anerkannt werden muß. Vertrau seinen Grundbesitz, die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder zu vertreten, hat er von Anfang seines Bestehens an in diesem Sinne gewirkt. Näherherd eine halbe Million Mark wurden für Lohnkämpfe geopfert; dafür sind wir an einigen hundert Tarifverträgen beteiligt. Der Redner schilderte noch ferner die Unterhaltungs-einrichtungen unseres Verbandes, sowie die Bildungsbestrebungen. Mit dem Wunsch, stetig an der Ausbreitung des Verbandes mitzuarbeiten, schloß er seine Ausführungen. In der Diskussion wurden verschiedene Mißstände an Theaterneubau besprochen. Das rege Leben in der Verwaltungsstelle Kassel läßt eine gute Entwicklung derselben erhoffen.

Stahlarbeiter.

Havensburg, 22. September. Unsere heutige Versammlung litt noch unter den Nachwehen des Mandats. Nach der Wahl zweier Revisoren kamen die Bemühungen des Gaugrafen Stolle-Stuttgart zur Sprache. Zunächst wurde konstatiert, daß alle Mitglieder die Parole, die generische Versammlung zu meiden, befolgt haben. Es mußte auch nicht, daß die Versammlung im „Amtsanzeiger“ bekanntgemacht wurde. Sie fiel nämlich in Wasser, 6-7 Mann waren anwesend, darunter zwei frühere Vorsitzende, die auch schon in unseren Versammlungen ihre Not gelagert haben. Daß Stolle das Vertrauen der hiesigen Bauarbeiter verloren hat, mußten wir ja; aber daß er nicht einmal eine Versammlung mehr zustande bringt, hätten wir immer noch nicht geglaubt. Stolle kann also keine Lunge schonen, wo nichts mehr ist, ist halt nichts. Wer das Vertrauen der Oberländer einmal verärgert hat, gewinnt es nicht wieder. Am Ende bringt ihn dieser Bericht so in Harnisch, daß er noch einmal wiederkommt; dann kann er uns referieren, für eine volle Versammlung sorgen wir ihm. Wir aber wollen stetig agitieren, bis auch der letzte Bauhandwerker im christlichen Verbände ist.

Steinarbeiter.

Eberfeld. Neutralität im „freien“ Stein-leger- und Plastererverband. Ein Teil der sozialdemokratischen Verbände hat noch in ihrem Verbandsstatut einen Paragraphen, der besagt: „Der Verband bezweckt die Vertretung der gewerblichen Interessen unter Ausschluß aller religiösen und politischen Fragen.“ Der Verband der Steinleger, Plasterer und Berufsgehilfen, hat diesen Paragraphen noch auf seinem letzten Verbandstage bestehen lassen, und zwar, wie der Vorsitzende der Filiale Eberfeld sagt, deshalb, um der Behörde Sand in die Augen zu streuen. Es wird nun mancher der Kollegen aus dem Steinarbeiterberufe, der ein solches Statut zu Gesicht bekommt, sich sagen, wenn er den genannten Paragraphen liest, auch ich kann mich nach diesem dort organisieren. Dem ist nicht so. Aus dem Ausspruch des Vorsitzenden der Eberfelder Filiale geht das hervor, dann aber auch noch aus einem anderen Grunde: Ein Mitglied der betreffenden Filiale war außerdem noch Mitglied eines Kriegervereins und des katholischen Arbeitervereins. Anlässlich des Corpsappells in Eberfeld, an dem Generalfeldmarschall Graf Häfeler teilnahm, hatten die Kriegervereine Aufstellung und Parade. Wegen der Zugehörigkeit zum Kriegerverein war auch das Mitglied der Plasterer-Filiale an der Parade beteiligt. Dadurch hatte sich nun dasselbe zwar nicht in Gegensatz zum Bannort des Statuts gesetzt, wohl aber in

Gegensatz zur sozialdemokratischen Anschauung des Verbandes. Es mußte daher zur Rechenschaft gezogen werden. Dine Grund wurde es nun beschuldigt, Spießdienste zu leisten. In einer Schiedsgerichtsbarkeit, die man wegen dieses Verbrechens von Seiten des Verbandes einberufen hatte, sollte er nun Farbe bekennen. Aus den Statuten des Arbeitervereins wurden ihm die Kriegsdienstvergehen vorgelesen, und auf Grund dieses Statuts konnte es nach Ansicht des sozialdemokratischen Schiedsgerichts nicht Mitglied des Pfälzerverbandes sein. Das Mitglied stützte sich in dieser Sitzung auf den Paragraphen 1 des Statuts, und da wurde ihm erklärt, man höre und staune, der Paragraph ist nur ausgenommen, um der Behörde Sand in die Augen zu streuen, aber für die Mitglieder hat er keine Gültigkeit. Dann ist er aber auch aufgenommen, um den Mitgliedern Sand in die Augen zu streuen, um bei der Überwiegenden Zahl nichtsozialdemokratisch denkender Steiniger als neutral zu gelten. Wirklich kein Fall! Nur fällt hier und da schon mal ein Heißsporn aus der Rolle. Des Weiteren geht aus einem Verbandsbericht vom 18. 8. 07 in Nr. 18 vom 1. 9. 07 der „Steinigerzeitung“ unter Überschrift hervor, daß das betreffende Mitglied auch dadurch den Zorn der Mäher verdient hat, weil es gewagt hat, neben der Zugehörigkeit zum Steinigerverband auch Mitglied des katholischen Arbeitervereins zu sein. Nach dem Bericht dieser Versammlung ist der Betreffende auf ein Jahr vom Verbande ausgeschlossen worden, weil er auch im katholischen Arbeiterverein organisiert sei; er soll erst zwischen christlich oder sozialdemokratisch entscheiden lernen. Der Betreffende hat zwar sein Jahr zur Entscheidung gebraucht, sondern sich gleich für den Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter entschieden. Wegen die meisten noch christlich denkenden Steiniger diesem Beispiele folgen und erkennen, in welcher Weise der Paragraph 1 ihres Statuts ausgelegt wird, und als was er gilt. Bekannt einmal Farbe, und zwar nach eurer Ueberzeugung. Reißt den Heuschrecken die Mäste herunter, wenn man euch nicht länger mehr mit euren eigenen Gelde belämpfen soll, schließt euch da an, wo ihr frei eure religiöse und politische Ueberzeugung betätigen könnt, und das sind die christlichen Gewerkschaften.

Wienberg-Bierau. (Sozialdemokratischer Scharfenstein.) Nicht traurige Lohnverhältnisse für Tagelöhner existieren bei der „Bayerischen Granit-Mittelschicht“ (Sitz Regensburg, im Granitwerk Wienberg-Bierau. Der Durchschnittslohn beträgt dort 19 Pfg. pro Stunde. In Anbetracht dessen reichten unsere Kollegen am 25. Juni eine Forderung ein, in welcher ein Stundenlohn für Tagelöhner von 26 und 28 Pfg. verlangt wurde. Bei der Unterhandlung am 6. August wurde nun folgender Lohn vereinbart: Der Stundenlohn für Schichtarbeiter beträgt 21, 23 und 25 Pfg., für Werkstattarbeiter 24 und 26 Pfg. Dabei wurde noch vereinbart, daß 21 Pfg. höchstens nur 4 Mann erhalten sollen. Trotzdem obige Firma eine christliche Firma sein will, so hält sie doch ihren Vertrag nicht ein, denn die 45 dort beschäftigten Tagelöhner werden folgendermaßen entlohnt. Es erhalten 1 Mann 16, 5 Mann 18, 6 Mann 19, 13 Mann 20, 5 Mann 21, 9 Mann 22, 1 Mann 22 1/2, 4 Mann 23 und 1 Mann 24 Pfg. Es werden also 25 Mann unter 21 Pfg. entlohnt. Aus diesem Anlaß fand am Sonntag, den 2. September, in Runding eine öffentliche Versammlung statt, welche sich mit dem Vertragsbruch der betreffenden Firma befaßte. Einige anwesende „Genossen“, Mitglieder des „sozialdemokratischen Steinigerverbandes“, glaubten nun, durch diese Versammlung zwei Fliegen auf einen Schlag treffen zu können. Erstens, die Christlichen aus der Arbeitsstelle zu vertreiben und zweitens, sich die Gunst des Arbeitgebers zu erwerben. Denn am Montag in aller Frühe ging der „Genosse“ Ludwig Wren zum Betriebsleiter und erzählte dort, in welcher schauerlicher Weise die Christlichen gestern über die Firma und den Herrn Betriebsleiter losgezogen haben. Besonders hatte es dieser traurige Held auf unsere Vorstehenden und Statistiker abgesehen. Denn als unsere beiden Kollegen ihre Arbeit beginnen wollten, wurden sie aufgefordert, zuerst zum Betriebsleiter zu kommen. Dort wurden sie dem „Genossen“ Wren gegenübergestellt, welcher nun seine schauerlichsten und infamen Lügen wiederholte. Die Folge war, daß unsere beiden Kollegen, welche schon lange Jahre in dem Betrieb tätig sind, auf die Anschuldigung des Genossen hin sofort entlassen wurden. Der laubere Patron brüstete sich ob seiner Heldentat am Montag abend in Runding, indem er sagte: „So, einen haben wir jetzt draußen, jetzt kommt der andere dran.“ — Was jagt nun „Genosse“ Wrenmeister zu einer solchen Handlungsweise seiner Getreuen? Wie heißt doch das Sprichwort vom Demagogen?

Wien. Hier in dem schönen Lafental, wo sich das Wasser derselben lautlos und feierlich zwischen den hohen Bergen majestätisch hindurchwindet, fand am Sonntag, den 22. v. Mts., eine große öffentliche Steiniger-Versammlung statt. Kollege Lenhart aus Frankfurt sprach in derselben über Zweck und Ziele der christlichen Steiniger. Seine Ausführungen fielen auf guten Boden, trotzdem wir vorher Schwierigkeiten durch die Behörde gemacht bekamen. Eine Anzahl Kollegen ließ sich aufnehmen. Die intensive Arbeit der neugeworbenen Kollegen brachte es fertig, daß wir am Samstag, den 28. September, wieder zusammentreten konnten. Nachdem Kollege Lenhart mit seinem aufklärenden Vortrage geendet hatte, waren es annähernd 80 Kollegen, welche dem Verbande beigetreten waren. Lebhaftige Begeisterung rief es bei den ungarischen Kollegen hervor, als ihnen Kollege Lenhart erklärte, daß auch sie, wenn sie in ihre Heimat kämen, dort ihre eigene Ortsgruppe bis zur Auswanderung im Frühjahr beibehalten könnten. Nun gilt es, Kollegen, den betretenen Weg weiterzugehen, damit das Ziel, das wir uns gesetzt haben, erreicht wird. Denn im christlichen Verbande findet euer Interesse eine sichere Vertretung.

Soziale Wahn.

Hann. Die am 27. September hier getätigten Gewerbe-gerichtsverhandlungen brachten einen glänzenden Sieg für die christlichen Gewerkschaften. Sie erhielten auf ihre Bitte 80 Stimmen, während die sozialdemokratischen Gewerkschaften nur 20 Stimmen anbrachten. Auffallen muß der Stimmenrückgang auf beiden Seiten gegenüber der letzten Wahl. Der drei Jahren vorliegende die christliche Seite 1140 Stimmen auf sich, während auf die Seite der freien Gewerkschaften 507 Stimmen fielen. Die christlichen Arbeiter haben daher trotz ihres Sieges alle Ursache, die Gründe dieser Erscheinung zu erforschen und für die Zukunft doppelt eifrig für ihre Sache zu arbeiten.

Soziales.

Von der Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

Die geographische Verteilung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ist diejenige, die vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten geführten Prozesse hängt zusammen mit der industriellen Entwicklung der einzelnen Bezirke, Bezirke und Bundesstaaten zusammen. Es kamen z. B. im vergangenen Jahre auf den industriellen prächtigsten Re-

gierungsbezirk Alsenstein nur 77 Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, auf den Bezirk Straßburg kamen 122 und auf Köslin 278 Klagen. Dagegen entfielen allein auf Berlin annähernd 14 000 Klagen, dann folgte in Preußen der Bezirk Pommern mit rund 6000 Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, Potsdam mit 5600 und Düsseldorf mit 5500 Klagen. Von den einzelnen Bundesstaaten hatte das Königreich Sachsen, entsprechend seinem Charakter als Industriestaat, die höchsten Ziffern an Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, denn vor den sächsischen Gewerbe- und Kaufmannsgerichten wurden im Vorjahre annähernd 13 000 Klagen eingeleitet; trotzdem Bayern wesentlich größer ist, waren dort die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Vorjahre nur mit etwas über 7000 Klagen beschäftigt. Weiter standen den 4200 Gewerbe- und Kaufmannsgerichten in Baden nur rund 3000 Klagen in Württemberg gegenüber. Als Einigungsämter können die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte vorerst immer noch eine geringe Tätigkeit entwickeln. Als Einigungsamt wurden die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in 253 Fällen von beiden Seiten, in sechs Fällen von den Arbeitgebern und in 284 Fällen von den Arbeitnehmern. Das Zustandekommen einer Vereinbarung wurde in 195 Fällen erreicht, und 88 mal wurde ein Schiedspruch gefällt. Weiter sind von den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten noch 83 Gutachten ausgearbeitet und acht Anträge gestellt worden. Wie sich die Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte nach der Ausbreitung von Industrie und Gewerbe richtet, so die Tätigkeit der Kaufmannsgerichte nach Industrie und Handel. Von den rund 19 000 vor die Kaufmannsgerichte gebrachten Klagen im Jahre 1906 kamen mehr wie 4500 auf Berlin und 2253 auf das Königreich Sachsen, ebenso hatte Hamburg über 1000 Klagen aufzuweisen. Besonders auffällig ist im Königreich Sachsen die hohe Zahl der Prozesse, die von Prinzipalen gegen Handlungsgehilfen oder Handlungslehrlinge eingeleitet worden sind. In ganz Deutschland sind im Vorjahre vor den Kaufmannsgerichten 2050 Klagen von Prinzipalen gegen Angestellte oder Lehrlinge eingeleitet worden, ungefähr die Hälfte, nämlich 1018 entfielen davon allein auf das Königreich Sachsen. Der Wert des Streitgegenstandes betrug in 1416 Fällen bis zu 20 Mk., in 2659 Fällen wurde um 20—50 Mark gestritten, in 3924 Fällen handelte es sich um einen Wert von 50—100 Mark, bei 6569 Prozessen handelte es sich um 100—300 Mark und bei 3413 Prozessen handelte es sich um höhere Werte, außerdem konnte in 1156 Fällen der Wert des Streitgegenstandes nicht festgestellt werden. Neben der Rechtsprechung haben sich die Kaufmannsgerichte noch beschäftigt mit 59 Gutachten und mit 63 Anträgen.

Gerichtliches.

Berlin. Wenn Arbeiter sich ehelich mühen, Arbeit zu erhalten, kommt es auch vor, daß dieselben vom Hüter des Gesetzes in der Person eines „Schutzmanns“ daran gehindert werden. Dagegen spricht das Gesetz: „Wer andere durch Drohung oder Zwang an der Ausübung der Arbeit hindert, macht sich einer strafbaren Handlung schuldig. Daß auch die Hüter der Ordnung oft Fehltritte machen, dafür hat die nachstehende Gerichtsverhandlung genügenden Beweis erbracht. Der Sachverhalt ist folgender: Der Steinträger G. Gorgs, Mitglied unseres Verbandes, bemühte sich während der Lohnbewegung auf freiwilligen Bauten Arbeit zu erhalten. Derselbe hatte aber die Regierung ohne den Schutzmann gemacht. Es könnte dabei das Sprichwort angebracht sein: „Der Mensch denkt und der Schutzmann lenkt“. Wie gesagt so geschah! Kollege Gorgs passierte die Heiliggeiststraße, um auf einem Neubau um Arbeit anzufragen. Er fragte Bescheid, als er dort einige Bekannte begrüßt hatte, ob hier Arbeit zu bekommen sei. In diesem Moment faßte ihn der Schutzmann von hinten an und befahl ihm mit donnernder Stimme — sofort den Bau zu verlassen. Obwohl G. dem Schutzmann ausdrücklich bemerkte, daß er beim Polier um Arbeit ansprechen wolle, nickte es nichts — der Schutzmann bestand auf seinem Schein. G. wurde härter erregt, daß er als Staatsbürger und Steuerzahler, sowie Vater von fünf kleinen Kindern daran gehindert wurde, um Arbeit nachzugehen, was zur Folge hatte, daß er vom Schutzmann verfolgt, dann etwa 50 Meter vom Bau verhaftet wurde. G. erhielt ein Strafmandat von 30 Mark. Er beantragte gerichtliche Entscheidung; der Termin fand am 27. September statt. Die Beweisaufnahme, wozu drei Zeugen geladen waren, ergab die mit Uebereinstimmung gemachten Aussagen, daß der Angeklagte tatsächlich um Arbeit mit den Worten angefragt hätte, „ob noch welche eingestellt werden“. Ferner hat G. sofort Folge geleistet und den Bau verlassen. Der Staatsanwalt verfuhr trotzdem, die Schuld des Angeklagten nachzuweisen, indem G. wahrscheinlich nur die Wacht vorgeführt habe, nach Arbeit anzufragen, damit er Gelegenheit hätte, Erkundigungen einzuziehen. Die Strafe sei zwar eine zu hoch bemessene, er beantrage, dieselbe auf 10 Mark herabzusetzen. Herr Rechtsanwalt Bertram als Verteidiger zerpflückte die Anschauungen des Staatsanwalts, indem er nachwies, daß der Schutzmann aus „Uebereifer“ in seinem Dienste der schuldige Teil sei, mithin sei der Angeklagte mindestens freizusprechen. Nach kurzer Beratung verkündete der Vorsitzende demgemäß: „Es ist nicht als erwiesen zu betrachten, daß der Angeklagte, wie die Anklage lautet, Streitposten gestanden haben soll, sondern nach Aussage der Zeugen hat der Angeklagte tatsächlich um Arbeit angefragt. Ferner ist festgestellt, daß der Angeklagte sofort den Bau verlassen hat, mithin lag keine Ursache vor (obwohl der Angeklagte in der Erregung beleidigende Worte gebraucht hat), denselben zu verhaften. Deshalb sei der Angeklagte freizusprechen!“

Bauunfälle.

Berlin, 27. Sept. Ein Erbeinspruch auf dem Neubau des Hauptpostamtes in Steglitz wurde dem Arbeiter Albert Sauer verhängnisvoll. Auf dem Bauplatz wurden gegenwärtig die Ausschachtungsarbeiten ausgeführt. Während nun die Arbeiter vollständig beschäftigt waren, gab das Gerüst unter ihren Füßen plötzlich nach und stürzte ein. Bis auf einen der Leute, gelang es allen, sich im letzten Augenblick noch in Sicherheit zu bringen. Nur S. wurde mit in die Tiefe gerissen und verschüttet. Er trug erhebliche Quetschungen und anscheinend auch innere Verletzungen davon. Ein nach der Unfallstelle gerufener Arzt leistete dem Verunglückten die erste Hilfe.

Karlsruhe, 25. September. Bei dem Baumeister Konrad Meier in Nürnberg, Odenstraße, wurde ein sogenannter Bodenaufzug aufgestellt, um die Steine zu dem Ort befördern zu können, ohne die nötigen Vorsichtsmaßnahmen zu beachten. Als man mit dem Steineinsetzen begann und einen schweren Stein in die Höhe zog, stürzte der ganze Bodenaufzug nach außen auf das Gerüst; mehrere Steine stürzten mit, wodurch drei Arbeiter schwer verletzt wurden. Wie wir hören, soll einer davon auf dem Transport zum Krankenhaus verstorben sein. Eine Gerichtskommission hat den Tatbestand an der Unfallstelle festgestellt.

Briefkasten.

Nach Saal-Wilhelmsbad. Laut Beschluß der letzten Generalversammlung in Kassel, bleibt das Verbandsbuch zu jeder Zeit Eigentum des Verbandes.

Sch. Messe. Mein. Diesen ist die Teilnahme an den Versammlungen unterlagt. Der eingegangene Bericht war so nichtsfähig, daß wir ihn der Aufnahme nicht für wert hielten. Es geht auch nicht an, Mitglieder mit rückständigen Beiträgen durch das Organ an ihre Pflichten erinnern zu lassen. Mit dem gleichen Rechte könnte daraufhin jede andere Zahlstelle das gleiche verlangen und könnten wir alsdann eine eigene Rubrik dafür einrichten. Gruß.

Hochpauer. Das kommt lediglich auf die Auffassung des Gerichtes an. In einer Anzahl sind Freisprechungen erfolgt, in anderen nicht. Letztere überwiegen jedoch bedeutend. Es ist daher immer angebracht, solchen Personen mit derartigen Ausdrücken gegenüber vorsichtig zu sein. Wir können ja immerhin „Arbeitswillige“ sagen, Streikbruch bleibt es trotzdem doch. Daß hierzwischen kein Unterschied besteht, weiß jeder organisierte Arbeiter.

Bekanntmachungen.

Als verloren werden gemeldet die Buch-Nr. 75 535 lautend auf Cl. Fütterer, 112 010 lautend auf Joh. Wolkhaar und 112 093 lautend auf W. Wiesten von der Zahlstelle Walsrode; die Buch-Nr. 155 769 lautend auf Johann Bruckwebe von der Zahlstelle Rheine; die Buch-Nr. 180 752 von der Zahlstelle Siegburg. Dieselben werden hiermit für erloschen erklärt.

Verwaltungsstelle Alsenstein (Zimmerer).

Der Kassierer Junklewitz wohnt jetzt in der Straße 7. Alle An- und Abmeldungen sind nur bei ihm zu machen.

Alle die Verwaltungsstelle Hagen i. Westf. angehenden Sendungen und Korrespondenzen sind zu richten an den Lokalbeamten, Körnerstraße 17, Telephon 835. Karl Jang.

Die Geschäftsstelle der Ortsverwaltung Oberhausen befindet sich vom 1. Oktober Schulstraße 1, Ecke Kirchstraße. Alle Angelegenheiten, die den Kollegen Kirchner angehen, sind in Zukunft an diese Adresse zu richten. Bernhard Kirchner, Vorsitzender.

Bezirk Oberhausen.

Auf Grund des § 8 unseres Statuts und im Einverständnis des Zentralvorstandes berufe ich für die Zahlstellen im Bezirk Niederheit auf Sonntag, den 27. Oktober, morgen 9 1/2 Uhr beginnend, die diesjährige

Bezirks-Konferenz

nach Duisburg zur „Schützenstraße, Wilhelmstraße, ein. Die Zahlstellenvorstände werden ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß ihre Zahlstelle mindestens durch einen Delegierten vertreten ist. Zahlstellen mit 200 Mitglieder und mehr können zwei Delegierte entsenden.

Tagesordnung:

1. Bericht über den Stand des Bezirks und die diesjährigen Lohnbewegungen.
 2. Taktik und Agitation.
 3. Vortrag des Kollegen Jakob, Berlin.
 4. Vortrag über unsere Aufgaben in der Zukunft.
 5. Zentralisation und Beitragszahlung.
 6. Anträge und Verschiedenes.
- Nach den Vorträgen findet eine kurze Aussprache statt. Die Delegierten werden gebeten, sich auf die Tagesordnung vorzubereiten, damit nur Sachliches und Zweckförderndes vorgebracht wird. Um durch die Mittagspause nicht allzuviel Zeit zu verlieren, kann das Mittagessen gemeinsam eingenommen werden. Diejenigen Delegierten, die sich daran beteiligen wollen, mögen dieses bei Einbringung des Fragebogens mitbemerkten.
- Mit kollegialem Gruß
Eduard Pfeffer, Bezirksleiter,
Oberhausen, Mauerstraße 44, Telephonruf 674.

Storbekannt.

Am 30. September starb infolge eines Unglücksfalles unser Mitglied Georg Wink im Alter von 41 Jahren. Zahlstelle Kupferdreh a. d. Ruhr. Ehre seinem Andenken!

Anzeigen-Teil.

Achtung! Hannover III (Bauhilfsarbeiter). **Achtung!** Freitag, den 18. Oktober, 8 Uhr abends, Generalversammlung. (270) Tagesordnung: 1. Abrechnung vom III. Quartal. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Erledigung von Anträgen. 4. Vorstandswahl. 5. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Vorstand.

Die Zahlstelle Kassel (Maurer) hält am 18. Oktober, abends 8 Uhr, eine Generalversammlung in der „Schützenhalle“ ab, wozu alle Kollegen aufgefordert werden, zu erscheinen. (1,90) Der Vorstand.

Genossenschaftliche Bürsten-Fabrik Ramberg (Pfalz). Billigste und vorteilhafteste Bezugsquelle für alle Sorten Bürstenwaren für den Haushalt und industrielle Betriebe. Lieferungen nach eingesandten Mustern prompt und billig. Musterkollektionen auf gefälligen Wunsch gerne zu Diensten.

Das Reich Unabhängige nationale Berliner Tageszeitung für soziale Reform. Bezugspreis bei allen Postanstalten vierteljährlich 2,50 M., monatlich 25 Pf., bei freier Zustellung ins Haus vierteljährlich 42 Pf., monatlich 14 Pf., mehr. Das Reich ist täglich 12 Seiten stark und bringt Sonntags eine reich illustrierte, 8 Seiten starke Unterhaltungs-Beilage. Probenummern verreecht und unentgeltlich die Geschäftsstelle: Berlin, SW 11, Röntgenstraße 40.